

Die Häuser-Retter

Jeden Tag verschwindet im Elsass zwischen Ferrette im Süden und Wissembourg im Norden ein Fachwerkhaus. Gegen den Ausverkauf der typischen Architektur engagiert sich seit vielen Jahren ein Verein. Mit Rat für Eigentümer, manchmal auch mit drastischen Mitteln. Oft ohne, aber zuletzt mit immer mehr Erfolg. Aus mehreren Gründen.

VON BÄRBECK NÜCKLES

Diesmal ist es noch gut gegangen. Denis Elbel hat verhandelt, gerungen, für Vertrauen geworben. Das Haus Riff, ein Gebäude aus dem 17. und 18. Jahrhundert in typisch elsässischem Fachwerk, sollte noch im Frühjahr in Brumath abgerissen werden. Der Eigentümer wollte das so. Der Bürgermeister hatte seine Zustimmung gegeben. Hätten nicht Anwohner eine Petition gestartet, um darauf aufmerksam zu machen, hätte sich Elbel, Vizepräsident des „Vereins für die Rettung des elsässischen Hauses“, kurz ASMA (association pour la sauvegarde de la maison alsacienne), nicht ins Zeug gelegt, wäre wieder einmal ein Fachwerkhaus unwiederbringlich zerstört worden.

Statistisch verschwindet im Elsass so gut wie jeden Tag ein Fachwerkhaus irgendwo zwischen Ferrette im Süden und Wissembourg im Norden. Und das nicht erst seit ein paar Jahren, sondern seit Jahrzehnten schon, sagt Elbel. Mangelnde Wertschätzung, mitunter auch Unkenntnis, aber auch Unsicherheit im Umgang mit der alten Bausubstanz, bei Handwerkern, Architekten wie Eigentümern seien schuld. „Dabei gehört Fachwerkarchitektur untrennbar zum Elsass“, sagt Elbel, ein Pfund, mit dem die Region ja auch gerne als Reiseziel wuchere.

Abtragen und andernorts aufbauen: oft kein Problem

Mommenheim ist noch so ein Beispiel. Das Haus neben einer Bäckerei, die einen Anbau geplant hatte, konnte vor dem Abriss bewahrt werden. Zusammen mit dem Architekten, berichtet Elbel, habe man eine Lösung gefunden. Das Fachwerkhaus wurde gerade abgebaut und wird, sobald die Baustelle für die Erweiterung vorangeschritten ist, nebenan neu aufgerichtet. Der Bäcker wird dort künftig seine Lieferfahrzeuge unterstellen.

Oder Nordhouse, wo ein historisches Knechtstaus restauriert und an einem neuen Standort im Dorf aufgerichtet wurde. Mit einem Fachwerkhaus, das zumindest in seiner Grundstruktur wie ein Baukasten funktioniert, ist das möglich. Dort fänden inzwischen regelmäßig Dorffeste statt, berichtet Elbel.

Ein Wutbrief des prominenten TV-Moderators

Mindestens die Hälfte seiner Zeit widmet der Ingenieur im Ruhestand inzwischen der Arbeit in der ASMA zur Rettung des elsässischen Architekturerebes. Angesichts der fortschreitenden Zerstörung greift Elbel im Namen des Vereins inzwischen zu mitunter drastischen Mitteln. Wenn er mit Überzeugungsarbeit und alternativen Vorschlägen zum Abriss nicht ans Ziel kommt, droht er auch schon einmal mit der Anrufung der Gerichte. Auf diese Weise gelinge es ihm, zwei bis drei Häuser pro Jahr zu retten, erzählt Elbel. Langwierig sei das. Hartnäckig müsse er sein. Dennoch: Es sei bei weitem nicht genug.

Denn nicht immer gelingt die Rettung. Fünf Monate lang hatte sich Elbel im vorigen Jahr bemüht, das Haus Greder in Geudertheim, zwischen Haguenau und Straßburg, vor der Zerstörung zu bewahren. Das in der Dorfmitte gelegene Haus aus dem Jahr 1662 und damit das älteste des Ortes, stand dem Bau einer neuen Grundschule im Weg.

„Niemand bestreitet, dass eine Grundschule wichtig ist“, räumt Elbel ein. Doch der Bürgermeister verweigerte sich jeder Alternative, die den Bau der Schule und zugleich die Erhaltung des Hauses ermöglicht hätte, auch nur in Betracht zu ziehen. Zu guter Letzt stand im Raum, die Fachwerkstruktur als überdachten Pausenhof zu erhalten. Selbst der Präsident der europäischen Gebietskörperschaft Elsass (CEA), Frédéric Bier-

ry, setzte sich für einen Erhalt ein. Und Frankreichs derzeit wohl prominenteste Fürsprecher des Kulturerbes, der Fernsehmoderator Stéphane Bern, der in seiner Sendung alljährlich das schönste Dorf Frankreichs kürt, schrieb einen Wutbrief, adressiert an das Rathaus von Geudertheim.

Auch eine Anrufung des zuständigen Gerichts in letzter Minute durch die ASMA verhinderte den Abriss nicht. Dabei hatte der Verein noch mit einem Gutachten den Nachweis erbracht, dass die Gebäudesubstanz in tadellosem Zustand war. „Es hätte noch ein paar hundert Jahre überdauert“, ist sich Elbel sicher. „Leider wollen Bürgermeister hier bei uns mit solchen Entscheidungen allzu oft beweisen, dass sie modern sind“, sagt Elbel.

So ginge es, wenn ein Fachwerkhaus mit Zustimmung des Bürgermeisters abgerissen wird, mitunter um persönliche Beziehungen. Ein Eigentümer, der abreißen will, ist mit dem Bürgermeister schon zur Schule gegangen. „Da fehlen der Mut und der Wille, sich gegen jemanden zu stellen, den man seit der Kindheit kennt“, berichtet Elbel.

Dabei erlebe er, dass in der jüngeren Generation eine Begeisterung für die ererbte Architektur erwacht. „Oft kommen junge Leute zu uns, die ein Haus eigentlich restaurieren möchten“, berichtet der Ingenieur. Viele Architekten würden sich mit den alten Materialien und Arbeitstechniken jedoch nicht auskennen. Fälschlicherweise, das erlebe er immer wieder, erteilten sie den Eigentümern mangels Expertise den Rat, ein Abriss sei die beste und kostengünstigere Lösung. Zur Arbeit der ASMA gehören deshalb auch ein monatlicher Stammtisch, bei dem sich Interessierte Rat holen können, sowie die Vermittlung von kompetenten Handwerkern und Architekten.

Pionierarbeit in der Gemeinde Lembach

Für mehr Bewusstsein und Wertschätzung für das Fachwerk plädiert auch die elsässische Politikerin Sabine Drexler. Die aus Durmenach im Sundgau stammende Konservative (Les Républicains) gehört dem französischen Senat an ebenso wie der seit Anfang des Jahres bestehenden europäischen Gebietskörperschaft Elsass. In beiden Versammlungen sitzt sie in den Ausschüssen, die für Denkmalpflege zuständig sind. „Immer noch kommt es vor, dass alte Gebäude aus Desinteresse oder Unwissenheit dem Verfall überlassen werden“, klagt Drexler.

Vor dem Zusammenschluss der beiden Départements gab es im Haut-Rhin bereits Hilfen für den Erhalt von Fachwerkhäusern: Ein kostenloses Beratungsangebot bei der Umsetzung einer Restaurierung und Hilfestellung bei den Anträgen für Subventionen.



Gerettet: Das Haus Riff in Brumath.

FOTO: ASMA

„Bis zu einem Fünftel der Kosten, maximal 30.000 Euro, haben wir für Arbeiten am Dach oder an der Fassade bezuschusst“, berichtet Drexler, wohl wissend, dass es sich dabei um überschaubare Beträge handelt. Ein Anreiz sei es dennoch, meint sie. Jetzt arbeite sie an der Ausweitung dieser Hilfen auf das gesamte Elsass.

Fest steht für sie auch, dass sich politisch etwas bewegen muss. Denn ständen vom Abriss bedrohte Häuser unter Schutz, wären den Gemeindeoberhäuptern wie dem Maire von Geudertheim die Hände gebunden. Der staatliche Denkmalschutz greift bei historischen Gebäuden nur dann, wenn etwa besonders wichtige Bauten, Ensembles, Dörfer mit historischem Kern oder Kirchen zu bewahren sind. Dann gilt der Schutz auch in einem Umkreis von 500 Metern. Ein leerstehendes Fachwerkhaus, an dem die Eigentümer das Interesse verlieren, das vielleicht nicht außerordentlich ist, aber doch ein Stück Architekturgeschichte der Region, fällt da durch das Raster.

Abhilfe könnten Gemeinden jetzt schon aus eigener Initiative schaffen, indem sie ihre historische Bausubstanz in den Flächennutzungsplan aufnehmen. Solche Initiativen gibt es vereinzelt auch im Elsass.

Einer der Pioniere war vor mehr als 20 Jahren Charles Schlosser, bis vor Kurzem noch Bürgermeister von Lembach an der Grenze zur Pfalz. Schlosser erkannte: Gut zurecht allein reicht nicht. Er ließ alle schützenswerten Gebäude in den Flächennutzungsplan aufnehmen. Fortan galt: Wollte ein Eigentümer ein altes



Als Ingenieur im Ruhestand und Vizepräsident des Vereins ASMA widmet Denis Elbel seine Zeit der Rettung des elsässischen Architekturerebes.

FOTO: NÜK

Haus abreißen, weil es einem Neubau im Weg stand, konnte sich Schlosser auf die Rechtslage berufen. Im Einzelfall half er auch, den Abrisswilligen Eigentümern Alternativen – etwas die Umwidmung historischer Gebäude in Ferienwohnungen – schmackhaft zu machen.

Auch Nordhouse südlich von Straßburg hat sich jüngst auf diesen Weg gemacht und 180 Fachwerkhäuser gesichert. Auch im Kochersberg, der landwirtschaftlich geprägten Gegend im Straßburger Nordwesten, wurden unter dem dortigen Präsidenten der Verbandsgemeinde, Justin Vogel, Fachwerkhäuser in großer Zahl im Flächennutzungsplan geschützt. Drexler will sich im französischen Senat dafür einsetzen, so etwas zur

Pflicht zu machen. „Wenn wir als Verein ein Haus retten, werden gleichzeitig viele zerstört“, sagt Denis Elbel.

Was in Lembach funktioniert hat, was der Kochersberg erst vor Kurzem umgesetzt hat, müsste es deshalb überall geben. Elbel steht im Hof des frisch restaurierten Elternhauses seiner Ehefrau Malou, einem imposanten Gehöft inmitten von Schnersheim, einer der Kochersberg-Gemeinden.

Justin Vogel, den man im Elsass auch als Präsident des Sprachamtes, also als amtlichen Hüter des Dialekts kennt, erhält in diesem Jahr den Preis der ASMA. „Besser noch als Anwälte wirkt es, ein solches positives Beispiel öffentlich hervorzuheben“, betont Elbel, „damit es Schule macht.“



Zerstört trotz prominenter Fürsprache: Haus Greder in Geudertheim. FOTO: ASMA

Weniger Autos, mehr Platz für Menschen

Straßburgs Pläne zur Verringerung des Verkehrs in der Innenstadt – Parkhäuser für Anwohner, höhere Parkgebühren

In Straßburg wollen die regierenden Grünen demnächst in bestimmten Stadtvierteln das Parken für Anwohner verteuern. In der Robertsau, im Neudorf und in Montagne Verte plant Oberbürgermeisterin Jeanne Barseghian Anreize zu setzen, damit langfristig der öffentliche Nahverkehr und andere umweltfreundliche Formen der Mobilität stärker genutzt werden.

Parkflächen sollen in den genannten Quartieren dann nur noch in Ausnahmefällen – etwa zum Be- und Entladen oder für Menschen mit Handicap – bereitstehen. Geplant sind auch Parkhäuser für Anwohner.

Zeigen, wie es sei könnte: Bei einer Aktion der Straßburger Grünen vorletzten Septembersonntag waren einzelne Straßen in der Neustadt, darunter die viel befahrene Achse der Avenue des Vosges, für Autos gesperrt. Kinder waren mit Skateboards und Fahrrädern unterwegs. Eltern schoben Kinderwagen ungestört über das breite Asphaltband.

„Ein einzelnes Auto okkupiert zehn bis zwölf Quadratmeter“, sagt der Beigeordnete Guillaume Libsig, der in der Menge unterwegs war. Öffentlicher Raum werde gewissermaßen privatisiert. Dabei würden private Pkw meist zu 95 Prozent der Zeit nicht bewegt. „Das sind Ressourcen“, sagt Libsig, „die wir zum Wohle aller anders nutzen sollten.“

Geht es nach Libsig und nach Jeanne Barseghian, der grünen Oberbürgermeisterin, sieht so die Zukunft der



So wenig private Pkw wie möglich, und bald schon keine Diesel und alte Verbrenner: Straßburgs grüne Stadtspitze krempelt die Verkehrspolitik um. Das gefällt nicht allen.

FOTO: IMAGO-IMAGES/PANTHERMEDIA

Stadt aus. Mit weniger Lärm und weniger Abgasen. Straßburg zählt zu den französischen Städten mit der stärksten Luftbelastung. Der Stadtraum soll mehr Lebensraum werden. Nicht die Menschen passen sich dem Verkehr an, sondern der Verkehr den Menschen. Für solche Veränderungen hat eine, wenn auch knappe, Mehrheit der Straßburger Bevölkerung Barseghian im vorigen Jahr gewählt. „Die Menschen verlangen nach ausgedehnten Gehwegen, nach Spiel- und Grünflächen, nach noch mehr Radwegen und sicheren Räumen“, sagte Barse-

ghian im Vorfeld der jüngsten Gemeinderatssitzung, in der über eine Rahmenvereinbarung zu der geplanten Reform und letztlich zu deren Gunsten abgestimmt wurde.

Die Auseinandersetzung über das Thema wird zwischen der linken Mehrheit und der Opposition allerdings mit harten Bandagen geführt. Selbst die Sozialisten, mit denen die Grünen bis Mitte 2020 unter Barseghians Vorgänger Roland Ries (PS) eigentlich eine eher klimafreundliche Stadtplanungs- und Verkehrspolitik vorangetrieben haben, gehen auf Distanz.

So warnt Caroline Barrière (PS) vor einer Gentrifizierung der betroffenen Viertel, sollte die geplante Preiserhöhung für die Park-Abos tatsächlich kommen. Maximal das Doppelte des aktuellen Betrags von 15 Euro pro Monat steht im Raum. Im Vergleich mit anderen französischen Großstädten würde Straßburg damit im eher unteren Bereich rangieren. Der Konservative Pierre Jakubowicz prangert an, Straßburg profilieren sich inzwischen als Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern das Leben kompliziert mache. Für Jean-Philippe Vetter (Les Républicains) sind die Pläne unsozial und links-ideologisch. Am Tag der Abstimmung im Gemeinderat versammelte er eine Protestaktion vor dem Rathaus und ließ eine von ihm initiierte Petition herumreichen. Auch von „versteckten Steuern“ ist in den Reihen der Konservativen die Rede.

Barseghian lässt Unterstellungen, sie schade sozial benachteiligten

Haushalten, an sich abperlen. Unter einkommensschwachen Familien verfügen lediglich 37 Prozent über ein eigenes Fahrzeug. Bei den Wohlhabenden, wie in der gutbürgerlichen Robertsau, seien es doppelt so viele. Die Straßburger Statistik zeige auch, dass gerade Menschen in den weniger begüterten Viertel vermehrt den öffentlichen Nahverkehr nutzen.

Im Detail festgezurrt werden soll die Reform ohnehin erst in einem halben Jahr: So lange will man sich im Rathaus Zeit nehmen, um sich mit der Bevölkerung abzustimmen. Unterdessen treiben die Straßburger Grünen den Ausbau des Tramnetzes voran und die Planungen zur unter den Straßburger Konservativen ebenfalls ungeliebten Umweltzone: Auf dem Weg zur Klimaneutralität sollen Diesel und alte Verbrenner bald draußen bleiben.

Barseghian wirft der Opposition nun im Gegenzug vor, Ängste zu schüren und in der Vergangenheit zu verharren. Dass zentrale Plätze in der Stadt noch vor ein paar Jahren für den Verkehr frei waren oder zugesperrt waren – Kléber, Austerlitz, der Platz zwischen Münster und Palais Rohan – erscheint heute schwer vorstellbar. „Wer würde sich diese Zeit wieder zurückwünschen“, fragt die Oberbürgermeisterin rhetorisch und fühlt sich doch eigentlich in bester Tradition Straßburger Verkehrspolitik. In den 1990er-Jahren hatte die Sozialistin Catherine Trautmann vergleichbare Konflikte aushalten müssen, als sie die Wiedereinführung der Tram durchsetzte. [nük]

Nicht geimpft: Notbetrieb in Krankenhäusern

Wegen Personalmangels haben die Krankenhäuser im Raum Mulhouse auf Notbetrieb umgestellt. Grund ist das Inkrafttreten der Impfpflicht gegen Covid-19 für Berufe in Medizin und Pflege in Frankreich seit Mitte September. In Mulhouse lehnen etwa fünf Prozent der Beschäftigten – konkret soll es sich um 174 Personen handeln – eine Impfung ab und haben eine Suspendierung in Kauf genommen. Hinzu kommen etliche Krankmeldungen. „Viele sind nach den vergangenen Monaten erschöpft“, sagt Marc Noizet, Leiter der Notaufnahme des Hôpital Emile Muller. Das betreffe auch die Gruppe derer, die geimpft sind.

Wird der Notfallplan (Plan blanche) ausgelöst, können nicht dringende Eingriffe verschoben und Personal, das sich im Ruhestand befindet, kurzfristig eingesetzt werden. Unter anderem wurden auch Teile der Kinderstation einer Klinik in Mulhouse vorübergehend geschlossen, um Pflegekräfte an anderer Stelle einsetzen zu können. In einem der beiden Häuser der Stadt, der privat betriebenen Clinique du Diaconat, wurde die Notaufnahme wegen einer großen Zahl von Krankmeldungen geschlossen. Fast ein Viertel der verfügbaren Betten soll vorübergehend nicht belegt werden. Nach Auskunft der Leitung des Klinikverbundes im Südsass sei die Lage insgesamt unter Kontrolle.

In Straßburg sollen die Ausfälle an den Krankenhäusern infolge der Impfpflicht überschaubar sein. Die medizinische Versorgung, heißt es, sei indes nicht gefährdet. [nük]